

NATO erklärte, berühre auch ein Ratifikationsakt des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD keineswegs die allgemeine militärische Planung, einschließlich der nuklearen Planung. Auf der NATO-Parlamentarier-Konferenz im November 1970 in Den Haag beschwor Schmidt die USA, ihre militärischen Kräfte in Europa um jeden Preis zu belassen. Er trat nicht für die Reduzierung der USA-Truppen, sondern für eine Verstärkung der „substantiellen Kräfte“ ein und versprach, aus dem Steuereinkommen der Bundesbürger zusätzlich 1,4 Milliarden DM zur Verfügung zu stellen.

Vor allem durch die uneingeschränkte Zustimmung zur USA-Globalstrategie, durch die Unterstützung der USA-Aggression in Indochina und durch die Förderung aller reaktionären Bewegungen, die

sich gegen Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus in der Welt richten, hat sich die Regierung Brandt/Scheel das „Vertrauen“ der Imperialisten in den USA erworben. Selbst großbürgerliche Kreise der BRD und der USA halten den sozialdemokratischen Kriegsminister Schmidt für den besten Verfechter der Interessen des Imperialismus und Militarismus an der Spitze der Bundeswehr.

Bei diesem System geht es um die Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der BRD mit dem Ziel, alle Ressourcen der Wirtschaft, des Territoriums und der Bevölkerung der Rüstungswirtschaft und gegebenenfalls der Kriegführung unterzuordnen. Die Gesamtkosten für dieses System sind in den Geheimplänen der NATO mit 3,8 Milliarden DM veranschlagt.

erst im Februar 1971 dazu wörtlich: „Was ich mache, ist sozialdemokratische Politik.“

Damit die Steuergroschen zunehmend in die Taschen der Rüstungskonzerne fließen, wurde der Konzerndirektor Mommsen, ein ehemaliger Hauptabteilungsleiter im faschistischen Rüstungsministerium, heute Interessenvertreter führender Eisen- und Stahlkonzerne und anderer Monopolvereinigungen der BRD, von Schmidt als oberster Rüstungsbeauftragter eingesetzt.

Mommsen arbeitete unter der faschistischen Herrschaft bereits in der ehemaligen „Reichsgruppe der Industrie“ und als Hauptabteilungsleiter im faschistischen Rüstungsministerium für die militärische und ökonomische Spitze des Nazireiches.

In seiner neuen Funktion als Staatssekretär für Wehrtechnik und Beschaffung beschäftigt sich Mommsen heute mit allen Fragen, die die Ausrüstung der westdeutschen Bundeswehr betreffen. In diesem Zusammenhang unterstützt Mommsen das Profitstreben der Monopolvereinigungen und sichert ihnen vor allem ein außerordentliches Mitspracherecht auf dem militär-ökonomischen Sektor der BRD.

Konzentration der Macht des Rüstungskapitals

Stärker als je zuvor prägt sich unter der SPD/FDP-Regierung die weitere Konzentration der Macht des Rüstungskapitals in der BRD aus. Die ökonomische Macht der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus ist seit dem Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition weiter gestärkt worden. Den maßgeblichen Rüstungsindustriellen, der finanziellen und politischen Basis des Rechtskartells unter Führung von Strauß, kommt die konzentrationsfördernde Politik des SPD-Ministers Schiller dabei genauso entgegen wie die „Verteidigungspolitik“ des SPD-Kriegsministers Schmidt. Unter seiner Regie hat der Wehretat der BRD die 20-Milliarden-Grenze überschritten. Helmut Schmidt schraubte die Forderungen für 1970 um rund 1 Milliarde höher als sie sein CDU-Vorgänger

ger Schröder ursprünglich für 1970 konzipiert hat.

Die BRD nimmt mit ihrem Wehretat, der mit etwa 21,8 Milliarden den weitaus größten Posten im Haushalt der BRD 1971 hat, hinsichtlich der Erhöhung ihrer Militärausgaben mit die Spitze der NATO-Staaten ein. Schmidt betonte

Verzahnung von militärischer Führung und Wirtschaft

Im „Arbeitskreis Rüstungswirtschaft“, der im Jahre 1970 gebildet wurde, sind 27 führende Rüstungsunternehmen der BRD mit den führenden Spitzen des militärischen Apparates vereint. Den Vorsitz führt bezeichnenderweise einer der maßgeblichen Repräsentanten des Flick-Konzerns, Wolfgang Pohle, der außerdem ein Duzfreund von SPD-Minister Schmidt ist. Schmidt unterstützt und för-

dert aktiv die Bestrebungen von Mommsen und Pohle, durch das Kriegsministerium der BRD eine direkte Verzahnung von militärischer Führung und Wirtschaft auf sämtlichen Führungsebenen zu erreichen. So sollen militärische Führungskräfte in Positionen der westdeutschen Wirtschaft eingesetzt und umgekehrt Monopolvertreter in militärische Führungsstäbe überwechseln — je nachdem,